



# HESSISCHER LANDTAG

07. 10. 2014

Plenum

## **Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bundesregierung muss Regionalisierungsmittel für ÖPNV bereitstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Aus Sicht des Landtages besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber, dass für den Erhalt von Infrastruktur und den Betrieb des ÖPNV insgesamt zu wenig Mittel zur Verfügung stehen: Seit 2002 sind die Regionalisierungsmittel insgesamt um 6,56 %, die Trassenkosten pro Zugkilometer jedoch um 28,8 % gestiegen (Stand 2013).
2. Der Landtag stellt fest, dass der ÖPNV einen wichtigen Beitrag zur Mobilität der breiten Bevölkerung und der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Hessen leistet. Im Zuge der Energiewende erhält der ÖPNV eine besondere Bedeutung. Hier liegt noch viel ungenutztes Potenzial, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren und dadurch Mobilität klimafreundlicher zu gestalten.
3. Damit der ÖPNV sein Potenzial als effizienter und klimafreundlicher Verkehrsträger weiterentwickeln kann, will Hessen das vorhandene Angebot nicht nur weiter fördern, sondern auch neue Investitionen tätigen. Eine für das Jahr 2015 geplante Aussetzung der Anpassung der Regionalisierungsmittel ist daher nach Auffassung des Landtages nicht tragbar.
4. Um das vorhandene Angebot nicht nur beizubehalten, sondern qualitativ und quantitativ auch auszubauen, bittet der Landtag die Landesregierung, sich für eine bessere Finanzierung durch den Bund einzusetzen. Die anstehende Revision der Regionalisierungsmittel bietet hierfür eine Chance.
5. Der Landtag bittet die Landesregierung daher, sich dafür einzusetzen, dass die Revision des Regionalisierungsgesetzes nicht Bestandteil der Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen wird. Der Bund hat den Ländern diese Aufgabe übertragen, also muss er auch für eine ausreichende Finanzierung sorgen. Die Bundesländer haben gemeinsam ein Gutachten in Auftrag gegeben, das den Bedarf ermittelt hat. Der finanzielle Bedarf der Länder liegt demnach bei 8,5 Mrd. € pro Jahr gegenüber heute 7,3 Mrd. €.
6. Der Landtag begrüßt, dass sich die Länder bei der Verkehrsministerkonferenz am 1./2. Oktober 2014 einstimmig auf einen neuen Verteilungsschlüssel geeinigt haben, der für das Land Hessen einen Aufwuchs der Mittel um 90 Mio. € bedeuten würde, wenn der Bund die Mittel auf 8,5 Mrd. € anhebt. Um Verwerfungen zwischen den Ländern bei Änderungen der Preissysteme zu vermeiden, wurde der Bund von der Verkehrsministerkonferenz zudem aufgefordert, das Risiko der Trassen- und Stationspreisentwicklung zu tragen und die übrigen Regionalisierungsmittel mit 2 % statt bisher 1,5 % pro Jahr bis 2030 zu dynamisieren. Der ÖPNV benötigt schon aufgrund der lang laufenden Verträge Planungssicherheit. Daher sollte das neue Regionalisierungsgesetz eine Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 2029 haben.
7. Mit diesem Beschluss, vor allem mit der Einigung über den Verteilungsschlüssel, haben die Länder wichtige Vorarbeiten geleistet. Jetzt sind Bundesregierung und Bundestag am Zug, die Zukunftsfähigkeit des ÖPNV zu sichern.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 7. Oktober 2014

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Boddenberg**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Die Parlamentarische Geschäftsführerin:  
**Dorn**